

ausstragen muß.

Entstandenen Kartoffelkaffee von Kartoffeln und mit ihrer Produktion die gesamte Landwirtschaft versorgen können, unterließ dies aber. So wurde die Ernte der Kriegsjahre immer geringer und unsere Not größer. In der zweiten Hälfte von 1918 waren die Herren endlich doch durch Erfahrungen klug geworden und hatten den Vollbetrieb der Kartoffelkaffee aufgenommen. Nun aber zerstörte die Revolution alle neuen Möglichkeiten.

Der Kartoffelmangel gefährdet auch unsere nächste Ernte.

Um rund vier Millionen Tonnen Getreide oder zwanzig Millionen Tonnen Kartoffeln und Rüben wäre, so berechnet Professor Mikodem Caro, die Ernte des Jahres 1919 größer geworden, wenn alle Stadtkaffee in Betrieb geblieben wären und die dann erzeugte Menge zur Dünung abgeliefert hätten. Seit dem Beginn der Revolution arbeiten aber die Stadtkaffee so gut wie gar nicht mehr. Es mangelt an den nötigen Kohlen, es mangelt an dem nötigen Kalk. Die Bergarbeiter streiken, Eisenbahnschwierigkeiten kommen hinzu, und so stehen alle Räder still. Dank dem Auslandsverkehr, der unserem ohnehin schwer erkrankten Wirtschaftsorganismus den Rest gibt, werden wir auch nach der neuen Ernte hinsichtlich unserer Ernährung von der Gnade des Vollertrags abhängig. Seine, die unter jedem Vornamen zum Erteil greifen, sorgen dafür, daß der Hunger in Deutschland ein Dauergast wird.

Stolz und Arbeitsmangel rächen sich zu allererst am Arbeiter selber.

Rebe Tonne erzeugbaren Stadtkaffee vermehrt nach Professor Caro die Getreideernte um mindestens zwanzig Millionen, die Kartoffelernte um mindestens hundert Millionen. Nahrungsmittel gehen uns Tag für Tag durch die Richterzeugung von Stadtkaffee verloren. Der streikende Arbeiter w. t. sich selber sein Hunger- und Leidentum. Auf ihn fällt die Last der Deutung, die gespenstische Schrecklichkeit einer Hungersnot zu allererst. Es ist wunderbar, so klugende Worte wie Revolution, Gemeinwirtschaft und Sozialisierung unaufhörlich im Munde zu führen, aber fast vermögen sie niemanden zu machen. Ohne unausgesetzte Arbeit ist keine Rettung möglich. Ehe sich unsere Bergleute nicht zu dieser Erkenntnis durchringen und alle Kraft daran setzen, statt der jetzt beliebten Mindestleistungen Höchstleistungen zu erzielen, werden wir mit jeder Woche tiefer in den Sumpf versinken. K. N.

Zeitgemäße Betrachtungen.

Die wichtigste Frage.

Der Frühling kam und machte schnell die Herrschaft sich zu eigen, — die Osterlocken klangen hell, die Friedensglocken schwebten. — Im Lande steht das Frühlingsglück, der Sturm umbraut die Bläde. — Wir kommen immer mehr zurück durch Hunger, Streik, Vlodade. — Soll es nicht weiter rückwärts geh'n zum Schaden eines Lebens, — dann müssen wir jetzt Katen sch'n, doch zweifels ist das Leben! — Das Wort ergeht uns nicht die Tat, so schon man es auch finde, — und man ein wohlgeleiteter Rat verhält im Frühlingswinde. — Grebet wird manch kräftig Wort auf dem Kongress der Räte, — daß jeder seine Meinung dort mit Energie vertrete. — Doch brecht sich meistens darum nur das lange Disputieren, — ob Mehrheit oder Minderheit hierfür soll regieren. — Man wehrt gegen das System, als führe es zum Bösen, — jedoch das wichtigste Problem vermag man nicht zu lösen. — Da raten sie und tagen sie manch lieben Tag: indessen — nicht unbedeutend bleiben die vitalen Interessen. — Es wächst die Not, die uns bedroht, fürwahr mit jedem Tage. — Wie schaffen Frieden wir und Brot? Das ist die wichtigste Frage. — In jeder Sitzung sollte man nur diese ventilieren, — und wer sie glücklich lösen kann, ist würdig, zu regieren! — Auch wie den Wucher man erlegt, die Frage breunt nicht minder, — es können unter seiner Last sehr viele Menschen sterben. — O mühte doch der Frühling schnell der Fragen Lösung bringen, — dann würden uns noch mal so hell die Sonntagsglocken klingen. — Wo streifend wühlt der Sparskaff, da kommen wir nicht weiter, — nur wer ein Freund der Arbeit ist, der hilft zum Ziel! — Ernst Heiler.

Vermischte Nachrichten.

— Marburg, 29. April. Mehrere Kompanien der Reichswehr-Brigade sind nach hier verlegt worden.

— Reichskommissar Ebering kündigte die Entsendung von Truppen in den Hagener Bezirk für die nächsten Tage an.

— In Gebelshausen wurde die Villa des Direktors Eichen von Spartakisten ausgeplündert.

— In Wuerz. B. ist es zu blutigen Kämpfen und Plünderungen gekommen.

RASCH und SPARSAM

baut man nach der AMBI-Bauweise. Rohstoffe überall erreichbar. Dach-Ziegel durch die AMBI-Baustein-Maschine für Handbetrieb

Anfragen an:
AMBI, Abt. H K
Charlottenburg 9

Goldene Medaille u. Silberner Staatspreis 1910 Reichs- und für sparsame Bauweise

Die Lage im Ruhrgebiet. Im Ruhrgebiet ist auch weiterhin eine Steigerung der Arbeitsaufnahme festzustellen. Auch das Hamborn-Revier, wo der Streik bis heute am hartnäckigsten gehalten hat, beginnt zu arbeiten. In der Gegend von Recklinghausen, Hamm und Bochum herrscht immer noch eine gewisse Ruhe. Sehr viele Arbeiter müssen militärisch geschützt werden, um die Arbeitswilligen vor Belästigungen zu schützen. Nachdem eine Kommunistenversammlung in Duisburg den Beschluß gefaßt hatte, mit Gewalt vorzugehen, wurden ihre Führer verhaftet und über Duisburg der Belagerungszustand verhängt. In Düsseldorf herrscht Ruhe. Der geplante Streik der Spartakisten ist mißglückt worden.

— Zum Oberlandesgerichts-Präsidenten in Hamm ist anstelle des zum 1. Juni in den Ruhestand tretenden Senatspräsidenten Geheimen Ober-Justizrat Schmölder der Oberlandesgerichtsrat Geheimen Justizrat Böcking aus Köln ernannt worden.

— Berlin, 28. April. Eine vom Deutschen Eisenbahner-Verband einberufene Versammlung, die gestern in Berlin stattfand und von über 8000 Eisenbahnern besucht war, beschloß einstimmig, den Eisenbahnminister aufzufordern, bis spätestens zum 7. Mai die bekannten Forderungen zu bewilligen, widrigenfalls die Eisenbahner die Arbeit einstellen würden.

— Spandau, 28. April. Bei den letzten Spartakisten-Unruhen wurden 30 Millionen bei rumänischen Geldes aus dem Zuluinsturm geraubt.

— In Bayern wurde eine Verhinderung der Unabgängigen zum Sturz der Regierung Hoffmann ausgedeutet.

— Einen Riesenkonfirmanten, wohl den größten in Thüringen und schließlich wohl auch den gewichtigsten, kann die Gemeinde Bilingenlehen aufweisen. Derselbe hat ein Größenmaß von 160 Meter, sein Körpergewicht beträgt 1 1/2 Zentner, und das trägt vierjähriger Kriegerloß.

— Die Kohlen der Eisenbahnen. Die augenblickliche Verkehrsmitte auf der Eisenbahn wird noch mindestens zwei Wochen andauern, da fast alle Eisenbahndirektionen erst mit neuer Kohle beliefert werden müssen und da zu einem großen Teil die Erzschlager angegriffen wurden. Wenn keine Bergarbeiterstreiks mehr eintreten, ist zu hoffen, daß bei normaler Förderung bis zum 15. Mai die alten Kohlenlager wieder aufgefüllt sind und der allgemeine Zugverkehr dann allmählich wieder aufgenommen werden kann.

Aus Laasphe und Umgegend.

* Laasphe, 29. April. (Wiedereingestellte Zug.) Die seit dem 12. April ausgefallenen Züge: Laasphe ab 11,37 vorm. nach Marburg und 4,18 nachm. nach Krenzlal vorhergehender freierlicher Weise vom 1. Mai ab wieder.

* Laasphe, 29. April. Nach fünfjähriger, durch den Krieg bedingter Pause hielt am vergangenen Samstagabend der Verein für Volkshochschule wieder seine Jahresversammlung ab. Die aus dem von dem Vorsitzenden Herrn Superintendenten Adams erstatteten Rückblick zu entnehmen, ist die Bücherei auch während der verflochtenen Kriegsjahre ziemlich reger in Anspruch genommen worden. Seit Kriegsende hat sich die Leserschaft dagegen wieder in erfreulicher Weise gehoben. Volkshochschulabende fanden während des Kriegs nicht statt, doch ist deren Wiedereinführung für nächsten Winter in Aussicht genommen. Dem Verein wurden verschiedene Spenden seitens einiger Mitglieder in dankenswerter Weise zu teil, darunter auch eine solche von Sr. Durchlaucht dem Fürsten August in Höhe von 600 Mk. An Stelle zweier durch Tod ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder wurden die Herren Kammerdirektor Ostermann und Schlosser Louis Aufhäuser gewählt. — Ein Bilder-Verzeichnis-Neudruck wurde als notwendig erachtet und soll in absehbarer Zeit erfolgen.

□ Laasphe, 29. April. Nach langer Zeit bekommt Laasphe mal wieder eine Quartierung. Durch Anordnung des General-Kommandos ist eine Dragoonerschwadron nach hier verlegt worden. Die Truppe hat mehrere Monate in einem kleinen Orte bei Langerbach gelegen und, da mit den Garnisonorten in angrenzenden Zwischenräumen gewechselt wird, so wird Laasphe wie einige Orte der Nachbargegend für einige Zeit wohl Truppenstandort bleiben. Den Verlegungsorten erwachsen durch die Einquartierung keinerlei Schäden. Verpflegung- und Futtermittel für die Truppen werden durch das General-Kommando überwiesen. Manche Orte bewerben sich heute um Garnisonen, so ist es wohl zu begrüßen, daß jetzt vorübergehend auch kleinere Orte Truppenstandorte werden. Dem Vornehmen nach gehört die Dragoonerschwadron zu den Truppenteilen, die zum 1. Juli 1919 in die zu bildende Reichswehr aufgenommen werden. Die nach hier verlegte Truppe wird Ende dieser oder im Laufe der nächsten Woche hier eintreffen. Die Quartiermacher befinden sich bereits hier.

† Laasphe, 29. April. Die größere Vertretung unserer evang. Kirchengemeinde faßte gestern einmütig und einhellig folgende Beschlüsse: 1. Wir fordern im freien Staate die freie Kirche. Denn nur so kann sie Gott dienen ohne Menschenbedürfnisse. Wir verwahren uns daher aufs allerentschiedenste gegen die neue Bindung der Kirche an den Staat durch § 5 der preussischen Verfassung, welche die Rechte des Königs in der Kirche auf drei Staatsminister evangelischen Glaubens überträgt. Wenn dies bedeutet eine verstärkte Anknüpfung der evangelischen Kirche; es räumt ihr das eben erwähnte Vertrauen weiter Volkstreu und verleiht sie gegenüber der nicht so gebundenen katholischen Kirche. Wir bestreiten der Landesversammlung das Recht, einseitig ohne Mitwirkung der kirchlichen Organe das Kirchenregiment zu ordnen. Wir erklären deshalb die Kirchengewalt der drei Staatsminister für unzulässig und verlangen schleunigste Aufhebung der Bestimmung durch die Landesversammlung. Wir stehen nach wie vor auf den Beschlüssen der Westfälischen Provinzialsynode, wonach das Kirchenregiment auf die Synoden übergeht. Deshalb verlangen wir die sofortige Einberufung der Generalsynode zur vorläufigen Ordnung des Kirchenregiments von der Kirche selbst aus. Wir können von diesen Forderungen nicht lassen; die Ansehnlichkeit der Kirche können wir nicht länger ertragen und werden wir nicht länger ertragen. 2. Wir fordern bei der Regelung der Grenzfragen die unbedingte Freiheit der kirchlichen Selbstbestimmung der in Betracht kommenden Kirchengemeinden, unbedingte und dauernde Verbindung mit den deutschen evangelischen Landeskirchen und die Sicherstellung aller daraus entspringenden kirchlichen Freiheiten und Rechte. 3. Wir fordern die Rückkehr aller unserer Missionare in die deutschen Schutzgebiete und in die anderen Kolonien auf der ganzen Welt und volle Freizügigkeit derselben für alle Zukunft. Die Versammlung setzte die Kirchensteuer für 1919 auf 26%, der Staats-Einkommen-, Grund- und Gebäudesteuer bezug. 23%, fest (wie im Vorjahre).

* Laasphe, 29. April. In der Woche vom 18.—19. April kam zur Anmeldung: 1 Todesfall an Tuberkulose in Altingraden.

— Anfragen des Publikums über den Stand der Erja-

Truppenteile, über Demobilisierungsorte und über Demobilisierungsmöglichkeiten sind nicht an das Kriegsministerium, sondern an das betreffende General-Kommando zu richten.

Stadtebrück, 29. April. Ungeheure Schneemassen gingen in der vergangenen Sonntagsnacht über unsere Berge nieder. Als man am Montagmorgen erwachte, sah man die reinste Winterlandschaft, wie sie schlimmer um die Weihnachtszeit nicht vorkommen kann. Mindestens einen halben Fuß tiefen Schnee konnte man durchweg feststellen. Auch am Montag schneite es lustig weiter. Allerdings räumte die Sonne mächtig auf. Wo ihre Strahlen nicht wirken konnten, blieb auch der Schnee horradig liegen. Die armen Schwaben, die uns so vorzeitig den Frühling ankündigten, müssen bei solchem Wetter elend umkommen und die Landwirte werden in ihrer Frühjahrseinstellung empfindlich aufgehalten.

M. Bericht über die Sitzung des Volkskammerausschusses am 24. April. Nach Vorlesung und Annahme der Tagesordnung wurde Punkt 1 der Tagesordnung: Wiedereinführung der Kontrolle bei den Kometen" besprochen. Nach längerer Debatte, in der besonders auf den Kostenpunkt hingewiesen wurde, erklärte sich die Mehrheit (6 für, 1 gegen 1 Stimmenthaltung) für die Wiedereinführung mit der Begründung, daß die heutige innerpolitische Lage für die Organisationsarbeiten der Revolution viel zu gefährlich sei als die erste Zeit nach den Novembertagen. Da die Kontrolle auf dem Landrats- und Wirtschaftsausschuss neben der Erledigung der direkten Arbeit des A. und B.-Rates von einer Person nicht erledigt werden kann, wurde beantragt, einen zweiten Kontrollrat nach dort zu bestellen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen und für diesen Posten Herr Chr. Krämer-Berghausen in Vorschlag gebracht. Als 2. Punkt folgte Stellungnahme zu der Frage: Sind die Wirtschaftsausschüsse als Bauern- und Landarbeiterräte zu betrachten? Es wurde festgestellt, daß entgegen der Behauptung des Herrn Landrats, daß die Wirtschaftsausschüsse mit den A. und B.-Räten identisch seien, keinerlei Bestimmungen diesbezüglich bei der Wahl der Wirtschaftsausschüsse getroffen wurden. Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: Der Volkskammerausschuss der A. und B.-Räte protestiert entschieden gegen die Auffassung, die bestehenden Wirtschaftsausschüsse als Bauern- und Landarbeiterräte anzusehen. Die Nachbegründung der A. und B.-Räte sind bei weitem andere als die der Wirtschaftsausschüsse. Nachrichten und dergl. sind also nicht an die gen. Ausschüsse, sondern an die betreffenden Bauernräte zu richten. Zu Punkt 3: „Ausnahme in der Prüfl. Frage", wurde mitgeteilt, daß die Angelegenheit demnach durch Selbstverwaltung der Landes- resp. Nationalversammlung geregelt werde. Laut vorliegender Mitteilung der hierin zuständigen Stelle soll diese Arbeit sofort in Angriff genommen werden. Zu Punkt 4, der sich mit dem Verhalten einer bedrückten Person befaßte, wurde eine Resolution eingebracht, daß im Wiederholungsfall diese ihres Amtes enthoben werden müsse. Als fünfter Punkt der Tagesordnung wurde die Verwertung der Ueberflüsse der Viehhandelsverbände, die sich nach vorliegenden Mitteilungen auf über 200 Millionen Mark beziffern sollen, besprochen. Es wurde hierzu eine Resolution an die Reichskammer der Wirtschaftsausschüsse eingebracht, die Ueberflüsse den Vieh liefernden Kommunalverbänden zur Verfügung zu stellen, um damit die augenblickliche Krise in der Wirtschaftslage zu erleichtern. Punkt 6: Aufhebung der Ämter, der auf Antrag nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen wurde, wurde beschlossen, bei der zuständigen Behörde zwecks Vereinfachung des Verwaltungsbetriebes die Amtsverwaltungen aufzuheben, dagegen den Gemeindevorständen, wie in der Provinz Hessen-Nassau, größere Nachbefugnisse zu erteilen. Nach Besprechung verschiedener kleiner Angelegenheiten wurde die Versammlung um 2 Uhr nachmittags geschlossen.

Welche Folgen hat die Verordnung betr. die Auflösung der Familiengüter vom 10. März 1919 auf die Familien-Waldgüter?

Diese Frage erörtert Geh. Regierungsrat Eberts-Rössel in Nr. 11 der Preuß. Gemeinde-Zeitung in einer sehr lehrreichen Abhandlung, der wir folgende Hauptpunkte entnehmen:

Unter dem 10. März d. J. hat die Preuß. Regierung eine Verordnung erlassen, nach der die Familiengüter (Standesherrliche Hausvermögen, Familienfideikomisse, Lehen und Erbbaurechte) aufzulösen sind. Soweit die Auflösung nicht bis zum 1. April 1921 erfolgt ist, soll die Auflösung in einem Zwangsverfahren durch das Staatsministerium angeordnet werden.

Gehört zu dem Familiengut Wald, der sich nach seiner Beschaffenheit und seinem Umfange zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Bewirtschaftung eignet, so gelten folgende besondere Bestimmungen: Zur Aufhebung des Familienguts auf Grund dieser Verordnung oder anderer Vorschriften ist die Genehmigung des Justizministers und des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten erforderlich. Der Inhaber ist verpflichtet, den Wald nach sachwirtschaftlichen Grundsätzen, welche die Nachhaltigkeit der Erträge gewährleisten, zu bewirtschaften und für den Schutz und die Bewirtschaftung des Waldes durch genügend beschulte Personen ausreichende Fürsorge zu treffen. Ist das Maß der Nutzung und die Art der Bewirtschaftung des Waldes nicht durch einen ordnungsmäßigen Wirtschaftsplen festgestellt, so kann der Inhaber von der Aufsichtsbehörde aufgefordert werden, einen solchen Wirtschaftsplen anzufertigen. Kommt er dieser Aufforderung innerhalb der gestellten Frist nicht nach, so hat die Aufsichtsbehörde (Oberlandesgericht) den Plan aufzustellen. Verlegt der Inhaber die Pflicht zur ordnungsmäßigen Bewirtschaftung, so hat die Aufsichtsbehörde die erforderlichen Maßnahmen zur Erhaltung der ordnungsmäßigen Forstwirtschaft zu treffen. Wird durch Verhalten des Inhabers oder durch seine ungünstige Vermögenslage die Gefahr einer erheblichen Schädigung des Familiengutes begründet, so kann die Aufsichtsbehörde dem Inhaber die Vermögensverwaltung des Familienguts entziehen und einem Pfleger übertragen. Sind nur einzelne Bestandteile gefährdet, so kann die Anordnung auf diese beschränkt werden.

Erfahrungsgemäß haben Teilungen größerer Forsten in der Regel zu ihrer vollen Verwertung geführt. Das Edikt zur Förderung der Landkultur vom 14. Sept. 1811 und § 1 des Gesetzes betr. Schutzwaldungen, bezw. Waldgenossenschaften vom Juli 1875 überließen im allgemeinen die Benutzung und Bewirtschaftung der Privatwaldungen lediglich dem freien Willen der Eigentümer. Die nachteiligen Folgen dieser Gesetzgebung trafen bald zu Tage. In vielen Gebieten befanden sich die kleineren Privatwaldungen und besonders frühere gemeinschaftliche, später aber aufgeteilte Holzungen in jammervollem Zustande. Der geteilte und z. T. gerobete Waldboden ist anderen Arten der Kultur für die Dauer nur teilweise gewonnen worden. Sehr große Flächen sind, nachdem eine vorübergehende Acker- und Weidenutzung die fruchtbaren Bodenbestandteile aufgezehrt hatte, in den Ebenen der Verlandung, in den Gebirgen der Abzweigung und Verdrückung verfallen. Im Jahre 1881 sah man sich daher gezwungen, durch

